



Presseinformation

Nr. 187/2011

Kiel, Freitag, 25. März 2011

Ländlicher Raum

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand: Ländlicher Raum darf nicht abgehängt werden

In seiner Rede zu **Top 44** (Fortentwicklung des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum) sagt der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Günther Hildebrand**:

„Zum Zeitpunkt der Antragstellung Anfang November letzten Jahres sind CDU und FDP davon ausgegangen, dass sich die Vorstellungen der EU-Kommission schon weiter konkretisiert hätten. Leider ist dies dem Bericht nach noch nicht so.“ Daraus ergäben sich zwei Folgen, so Hildebrand. Erstens seien die Vorgaben aus Brüssel noch zu unkonkret, um die erforderlichen Schlussfolgerungen zu ziehen, aber zweitens gebe zumindest theoretisch noch die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen.

„Über die augenblickliche Finanzsituation der Gemeinden brauchen wir nicht streiten, sie ist miserabel und wird sich leider auch nicht so schnell spürbar verbessern. Daher sind unsere Gemeinden im ländlichen Raum auch auf EU-Mittel angewiesen, damit die Attraktivität des ländlichen Raumes nicht weiter abnimmt und die fortschreitende Landflucht der dort Wohnenden möglichst gestoppt wird.“ Mit Hilfe dieser Mittel aus dem Landwirtschaftsfonds hätten viele Gemeinden in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren die Wohnqualität vor Ort stark verbessern und das Leben im ländlichen Raum wieder vielfältiger gestalten können.

„Welche Änderungen oder Inhalte sind für uns wichtig? Ich habe bereits auf die finanzielle Situation der Gemeinden hingewiesen, die keine weitere Beteiligung an entsprechenden Projekten zulässt. Aber auch das Land kann nicht die vollständige Co-Finanzierung der Maßnahmen sicherstellen. Deshalb ist es erforderlich, die Möglichkeiten der Co-Finanzierung flexibler zu gestalten.“ Es müsse möglich sein, auch von dritter – beispielsweise privater – Seite Mittel einzuwerben. Sonst bestünde die Gefahr, dass Mittel verloren gingen und Gemeinden damit doppelt bestraft würden. Außerdem wäre eine andere Aufteilung der Finanzierungsmittel möglich, indem die EU einen größeren Teil übernehme. Eine weitere Forderung der FDP-Fraktion sei die Eingrenzung der überbordenden Bürokratie, so Hildebrand abschließend.